

POSITION

Der DHV zu Neugründungen von Hebammenschulen

Aus vielen Bundesländern erreichen den DHV Nachrichten von Neugründungen von Hebammenschulen. Oft geht die Initiative zur Gründung von den Leitungen geburtshilflicher Abteilungen aus, gelegentlich auch von Klinikleitungen, Pflegedienstleitungen oder den Leitungen von Pflege-Ausbildungsinstituten. Auslöser für den Wunsch, eine Hebammenschule zu eröffnen, sind meist steigende Geburtenzahlen beziehungsweise unbesetzte Stellen in den Kreißsälen der Kliniken.

Dem Hebammenmangel in den Kreißsälen soll mit der Gründung einer neuen Hebammenschule begegnet werden. Dieser Lösungsansatz ist nachvollziehbar. Der Gedanke, in die Ausbildung zu investieren um für die Zukunft zu sorgen, ist grundsätzlich richtig. Dennoch empfiehlt der Hebammenverband nicht, Hebammenschulen neu zu gründen.

Hebammenschulen befinden sich im Moment in einem Übergang. Die Frist der EU zur Umstellung auf die hochschulische Bildung läuft am 18.1.2020 ab. Es ist zu befürchten, dass Hebammen, die nach diesem Stichtag ein Examen absolvieren, welches nicht den Vorgaben der europäischen Richtlinie zur Anerkennung von Berufsqualifikationen 2013/55/EU entspricht, in Europa nicht mehr automatisch anerkannt werden. Daher sollte angestrebt werden, möglichst flächendeckend in der Hebammenausbildung in Deutschland ab Januar 2020 die Vorgaben der EU einzuhalten. Dies ist mit einer dreijährigen berufsschulischen Ausbildung nicht mehr möglich. Die Gründung von Hochschulstudiengängen mit ausreichenden Kapazitäten in allen Bundesländern muss forciert betrieben werden, anstatt weiter auf ein auslaufendes Modell zu setzen.

Es gibt zudem Schwierigkeiten bei der Gründung neuer Hebammenschulen: Vor Ort sind meist keine ausreichend qualifizierten Lehrkräfte vorhanden. Viele Schulen werden offensichtlich eilig und häufig mit nicht-qualifiziertem Personal gegründet, oder es wird versucht, Lehrkräfte von bestehenden Schulen abzuwerben. Beides ist für die Ausbildung gleichermaßen schädlich! Gerade bei der Neugründung und dem Aufbau von Ausbildungsstrukturen bedarf es selbstverständlich akademisch-pädagogisch geschulter Hebammen. Und natürlich muss vermieden werden, dass bestehende Schulen destabilisiert werden, um Neugründungen zu ermöglichen.

Als Alternative zu Schulneugründungen regt der DHV an, dass geburtshilfliche Abteilungen Kooperationen mit bestehenden Studiengängen

oder Schulen eingehen. Dies würde bedeuten, dass bestehende Schulen und Hochschulen vertraglich vereinbaren, eine bestimmte Anzahl von Auszubildenden oder Studierenden für die kooperierende Klinik auszubilden, d. h. in den Unterricht/die Lehre zu übernehmen, die Praxis zu planen und die Praxiseinätze zu begleiten. Hierdurch können auch kurzfristig zusätzliche Ausbildungskapazitäten geschaffen werden.

Die zuständigen Aufsichtsbehörden für die Heilberufe sollten über diese Möglichkeit der Kooperationen informiert werden. Sie sollten aufgefordert werden, nicht ihr Einverständnis für Schulneugründungen zu geben. Vielmehr sollte den bestehenden Ausbildungsstätten die Genehmigung erteilt werden, mehr Auszubildende aufzunehmen.

In jedem Bundesland sollten die verantwortlichen Ministerien gemeinsam mit den Landesvorsitzenden der Hebammenlandesverbände und mit den bestehenden Hebammenschulen ein Konzept zur Schaffung und Finanzierung von ausreichenden Kapazitäten für Hebammenstudienplätze und Hochschulstandorten erstellt werden.

Bei allen Bemühungen um Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für Hebammen darf nicht vergessen werden: Gerade wenn eine Klinik unter unbesetzten Stellen und einem hohen Arbeitsaufkommen leidet, ist die praktische Ausbildung kaum zu bewältigen. Die Anleitung der Auszubildenden ist jedoch unverzichtbar, keinesfalls können Auszubildende eingesetzt werden, um unbesetzte Stellen zu überbrücken. Dieses Problem haben auch bereits bestehende Schulen und Studiengänge. Vorrangig sollte das Ziel sein, die Arbeitsbedingungen der geburtshilflichen Abteilungen so zu gestalten, dass Hebammen nach dem Examen gerne im Kreißaal bleiben. Eine Erhöhung der Ausbildungsplätze allein wird wirkungslos bleiben, wenn die Hebammen mit dem Abschluss der Ausbildung aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen zügig dem Kreißaal den Rücken kehren.

Yvonne Bovermann

Beirätin für den Bildungsbereich